



Protokoll der 10. Sitzung des Beteiligungsbeirats

- Datum:** 25.09.2023
- Zeit:** 18:00 - 20:45 Uhr
- Ort:** Raum 1138 in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin | Übertragung via YouTube
- Teilnehmende:** siehe Anwesenheitsliste
- Anlagen:**
1. Anwesenheitsliste
 2. bipar Broschüre Evaluationsentwicklung
 3. Ablaufbild „Anregung von Beteiligung“

Ablauf

1. Begrüßung und Organisatorisches
2. Aktuelles
3. Evaluation des Beirates
4. Bericht des Beirates über seine erste Amtszeit
5. Schwerpunktthema: Anregung von Beteiligung
6. Allgemeine Aussprache

1. Begrüßung und Organisatorisches

Die Moderator:innen, Gaby Morr und Janosch Hofheinz von der Geschäftsstelle des Beteiligungsbeirates begrüßen alle persönlich sowie digital Teilnehmenden und heißen sie in den Räumlichkeiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen am Fehrbelliner Platz willkommen. Die heutige Sitzung wird erneut per Livestream auf YouTube übertragen, sodass Gäste auch online teilnehmen können. Die Sendung wird jedoch weiterhin nicht aufgezeichnet und ist daher im Nachhinein nicht abrufbar.

Gaby Morr stellt die TO für die 10. Sitzung des Beteiligungsbeirates vor. Das Schwerpunktthema der heutigen Sitzung „Anregung von Beteiligung“ ist ein weiteres der fünf Instrumente der LLBB, welches von Lukas Born (ZRB) vorgestellt wird. Zudem wurde der Evaluationsdienstleister bipar eingeladen, um die Vorgehensweise zur Evaluation der Umsetzung der „Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung“ (LLBB) vorzustellen. Als Grundlage des Wissensspeichers für den 2024 beginnenden zweiten Sitzungszyklus der Mitglieder aus Bürgerschaft und organisierter Zivilgesellschaft im Beirat werden die Anwesenden durch den Sprecher:innenrat über den ersten Entwurf zur Gliederung des Sachstandsberichts über seine erste Amtszeit informiert.

Feststellung der Beschlussfähigkeit, da mehr als 8 Personen an der Sitzung teilnehmen.

Das Protokoll der letzten Sitzung - 9. Sitzung vom 19. Juni 2023 - wird ohne Ergänzungen angenommen.



2. Aktuelles

Da es sich um eine hybride Veranstaltung handelt (online und vor Ort), wird auf die Verhaltensregeln (sogenannte „Netiquette“) hingewiesen.

Berichtet wird zum Stand der finalen Einladung des Beteiligungsbeirates durch die Architektenkammer Berlin zur Vernetzung mit deren Arbeitskreis „Stadtentwicklung & Partizipation“ am 16. Oktober 2023. Die Vernetzung beider Gremien wurde bereits in der 7. Sitzung des Beteiligungsbeirates durch Frau Wendt von der Architektenkammer angeregt. Nun soll eine Abordnung des Beirates ihre Arbeit am 16. Oktober 2023 vorstellen. Der Sprecher:innenrat übernimmt diesen Termin. Weitere Interessierte für eine Teilnahme können sich an die Geschäftsstelle wenden, die den Sprecher:innenrat entsprechend informieren wird.

Der ZRB berichtet über den Umgang mit der nicht umgesetzten Empfehlung des Beirates für einen Beschluss des Senats zum Umgang mit Beiratsmitgliedern aus dem Abgeordnetenhaus in den LLBB. Der ZRB hat einen entsprechenden Vermerk an den Senator verfasst mit der Empfehlung, diese Passage in den LLBB zu beschließen. Im Ergebnis hat es keinen Beschluss gegeben. Es wird jedoch wertgeschätzt, dass sich der Beirat um eine Lösung bemüht. Was den konkreten Umgang mit der weiter bestehenden Herausforderung angeht, wird der Anwendung der Empfehlung (Lösen des Stimmrechts, wenn mehr als vier Mitglieder aus dem AGH anwesend sein sollten) nicht widersprochen. Dahingehend wurde die GO in Abstimmung mit dem Sprecher:innenrat durch die GSt in § 2 Absatz 3 entsprechend geändert, das heißt der Vorbehalt, der sich auf den Senatsbeschluss bezog, gestrichen.

3. Evaluation der Umsetzung der LLBB

Gaby Morr leitet zur vom Zentralen Raum für Beteiligung (ZRB) beauftragten beziehungsweise geplanten Evaluation der Umsetzung der LLBB durch das Berliner Institut für Partizipation (bipar) ein und übergibt das Wort an Raphael Seifen. Dieser stellt den Evaluationsdienstleister bipar und das Evaluationsverfahren vor und gibt Informationen über das weitere Vorgehen. Das Evaluationskonzept wurde ursprünglich für Kommunen entwickelt, doch lässt sich dieses auch auf (Beteiligungs-)Prozesse anwenden. Der Blickwinkel der Evaluation bezieht sich auf die fünf Instrumente der LLBB (Anlaufstellen für Beteiligung auf Landes- und Bezirksebene sowie Markenbildungsprozess zur Nutzung von „Raum für Beteiligung“, Vorhabenliste, Anregung für Beteiligung, Beteiligungskonzept sowie Beteiligungsbeirat).

Lukas Born ergänzt aus Sichtweise der ZRB, dass die Evaluation im August 2023 in Auftrag gegeben wurde, **methodisch pro Instrument auf einem mehrstündigen Gruppeninterview** und einem weiteren überprüfenden Interview beruht und bis Ende 2023 fertiggestellt werden soll.

Zur Arbeit des **Zentralen Raums für Beteiligung (ZRB)** fand das Gruppeninterview bereits statt, für die Vorhabenliste wird die Senatskanzlei einbezogen

Von zentraler Wichtigkeit sind in der Evaluation die Umsetzungen der LLBB in den Bezirken beziehungsweise durch die **Bezirklichen Räume für Beteiligung (BRBs)**, da dort die meisten Beteiligungsprojekte stattfinden und die Anwendung der LLBB unterschiedlich umgesetzt wird. Da nicht alle zwölf BRBs gleichermaßen ausgewertet werden können, ist die Untersuchung auf die BRB Reinickendorf, BRB Mitte und BRB Treptow-Köpenick beschränkt. Diese Auswahl erfolgte auf Empfehlung des ZRB in Hinblick auf die Geschichte beziehungsweise den Entwicklungsstand der jeweiligen BRB-

Teams sowie bezogen auf Ausgestaltung und Lage der Bezirke. Es wird erwartet, dass die Auswertung der Arbeit dieser drei BRBs Rückschlüsse auf die Umsetzung der BRBs im Ganzen erlauben wird.

In Bezug auf die **Evaluation des Beirats selbst** merkt Helene Anders vom Sprecher:innenrat an, dass es einer sinnvollen Lösung für das Gruppeninterview hinsichtlich der Gruppengröße und der Interviewten bedarf, da sich der Kenntnisstand der Beiratsmitglieder durch den häufigen personellen Wechsel während der ersten Sitzungszeit stark unterscheidet. Die Teilnahme am Interview ist für alle Mitglieder offen und erfolgt freiwillig. Der ZRB spricht sich dafür aus, dass der Sprecher:innenrat aufgrund der Kenntnisse der letzten vier Amtsjahre unbedingt geschlossen teilnehmen soll. Die Abstimmung der Interviews übernimmt die Geschäftsstelle.

Holger Metzging regt weiter an, dass die Sichtweise des Landesgleichbehandlungsgesetzes und der UN-Menschenrechtskonvention unbedingt in die Evaluation mit einfließen müssen. Raphael Seifen stimmt dem zu und bestätigt, dass auch eher unterrepräsentierte Gruppen in Beteiligungsprozessen als Evaluationsfaktoren mit einbezogen werden. Michael Wahl ergänzt, dass in Bezug auf Menschen mit Beeinträchtigungen die digitale Barrierefreiheit ebenso zu berücksichtigen ist wie die bauliche Barrierefreiheit. Das Gruppeninterview wird seitens des bipar digital angeboten und es wird nach Möglichkeiten geschaut, dies so barrierearm wie möglich zu gestalten.

Abschließend macht Raphael Seifen noch einmal deutlich, dass die Evaluation zum Ziel hat, etwaigen Anpassungsbedarf der Leitlinien für Bürgerbeteiligung herauszuarbeiten. Demnach sind viele und möglichst diverse Sichtweisen unabdingbar.

4. Bericht des Beirates über seine erste Amtszeit nach vier Jahren (Grundlage Wissenspeicher)

Die von der GSt erarbeitete Gliederung wurde nach einer ersten Absprache mit dem Sprecher:innenrat vorab an die Mitglieder des Gremiums versendet. Gaby Morr übergibt das Wort an den Sprecher:innenrat mit der Bitte um kurze Erläuterung des Sachstandes und des weiteren Vorgehens.

Helene Anders informiert über den aktuellen Stand. Bisher sind nur die Gliederung und Präambel im versendeten Entwurf einsehbar. Der Entwurf in seiner Vollversion enthält aber bereits Textbausteine und Inhalte. Ziel des Berichtes ist die Sicht des Beirats auf die Umsetzung der LLBB nach Beendigung des ersten Amtszyklus des Beirats Mitte 2024 beziehungsweise entsprechende Empfehlungen des Gremiums hinsichtlich der Anpassung der LLBB. Das schließt Empfehlungen zur inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung des BBR mit ein. Adressat*innen sind in erster Linie die Nachrücker:innen der einzelnen Mitgliedsgruppen, aus denen der Beirat besteht, wie zum Beispiel die Bürger:innenschaft oder die organisierte Zivilgesellschaft. Darüber hinaus soll der Arbeitsbericht auf dem Internetauftritt der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen im Sinne der Nachvollziehbarkeit der interessierten Öffentlichkeit zum Abruf barrierefrei zur Verfügung stehen. Der Bericht wird von der Senatsverwaltung entgegengenommen.

In Hinblick auf den Beirat selbst diskutiert das Gremium daraufhin sowohl die Sinnhaftigkeit der an die Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses von fünf Jahren verbundene Amtsperiode als auch den Umgang mit dem hohen Wechsel der Mitglieder aus Bürger:innenschaft und der organisierten Zivilgesellschaft. Holger Metzging gibt zu bedenken, dass dieser angesichts der gleichzeitigen Beständigkeit der Mitglieder aus Verwaltung und Politik dazu führen kann, dass die Themen nicht mehr

aus Sichtweise der Bürger:innen, sondern aus Sicht der Verwaltung und Politik gesetzt werden. Hendrikje Klein schlägt dazu vor, eine zeitliche Überschneidung von organisierter Zivilgesellschaft und Bürger:innenschaft als Empfehlung in den Bericht mit aufzunehmen. Seitens des Sprecher:innenrates gibt es die Idee, die aktuelle Amtszeit aus Bürger:innenschaft und organisierter Zivilgesellschaft ggf. zu verlängern, da im letzten Jahr aufgrund der zahlreichen Sitzungsverschiebungen durch die SenStadt die Arbeit des Beirats eingefroren wurde.

Der Sprecher:innenrat bittet alle Mitglieder, sich dem Bericht anzunähern und entsprechende Hinweise und Ideen zurückzuspielen, sodass sich die Sichtweise des Beirates vollumfänglich darstellt. Als Idee für die gemeinsame Weiterarbeit wird festgehalten, die Arbeit in einer „AG Arbeitsbericht“ im neuen Jahr fortzusetzen, um diesen gemeinsam fertigzustellen.

5. SCHWERPUNKTTHEMA: Anregung von Beteiligung

Analog zu den vorherigen Sitzungen wird ein weiteres Instrument der LLBB vertieft und in diesem Sinne die „Anregung von Beteiligung“ vorgestellt. Ein entsprechendes Arbeitspapier wurde allen Teilnehmenden bereitgestellt.

Auf Grundlage des Arbeitspapiers stellt Lukas Born das Instrument vor: Ziel des Instruments ist es, dass, wenn zu einem Vorhaben auf der Vorhabenliste bislang keine Beteiligung vorgesehen ist, diese durch das Instrument angeregt werden kann. Möglich ist die Anregung entweder formlos oder mit einem vorgefertigten Beteiligungsantrag. Der formlose Antrag auf Beteiligung richtet sich an die für das Vorhaben zuständige Stelle und ist nach § 32 (1) der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltungen zügig zu bearbeiten. Wird der formlose Antrag abgelehnt, kann daraufhin ein Beteiligungsantrag gestellt werden. Dieser richtet sich an den zuständigen Raum für Beteiligung, der diesen an die Behördenleitung (Senator:in, Bürgermeister:in, Stadtrat:in) zur Entscheidung weiterreicht. Über diesen formellen Antrag muss innerhalb eines Monats entschieden werden. Wird ein Antrag befürwortet, findet eine Beteiligung gemäß der LLBB statt.

Angedockt ist das Instrument an die Vorhabenliste, die demnach als notwendige Grundlage für eine Anregung von Beteiligung zu sehen ist. Falls ein Vorhaben nicht auf der Vorhabenliste steht, ist die Anregung schwieriger, jedoch nicht unmöglich. Dies ist vor allem wichtig zu erwähnen, um die realistischen Chancen einer Anregung gewährleisten zu können: Befindet sich ein Vorhaben auf der Vorhabenliste, sind entsprechende Mittel in der Regel bereits vorgehalten. Eine mögliche Beteiligung könnte demnach wahrscheinlich finanziert werden. Im Austausch mit der Senatskanzlei wird derzeit geprüft, ob die Einbettung des Instrumentes bei mein.berlin realisierbar ist, da dort die Vorhabenlisten zentral geführt werden.

Als Ergänzung zum Arbeitspapier ist zu erwähnen, dass auf der Internetseite des ZRB der Antrag und ein Ablaufbild zu finden sind, wobei Letzteres den Vorgang bildlich darstellt (<https://www.berlin.de/raum-fuer-beteiligung/#links>).

Holger Metzger merkt an, dass die Ausgestaltung des Instrumentes bislang nicht für Menschen mit Beeinträchtigungen ausgelegt ist. Lukas Born (ZRB) weist jedoch auf die Themen Barrierefreiheit und Zielgruppen(anspruch) hin, die in den LLBB genau definiert werden. Hendrikje Klein empfiehlt, dass neben den Beteiligungsanträgen alle formlosen Anträge, die gestellt werden, in irgendeiner Weise veröffentlicht werden sollten. Bestenfalls sollte der ZRB über alle (formlosen) Anträge in Kenntnis gesetzt werden.



Es wird der Wunsch geäußert, den Stand zur Umsetzung der Schaltfläche zur Anregung für Beteiligung in der Vorhabenliste, der in der Sitzung mit Daniel Kämpfe-Fehrle (Senatskanzlei) als Idee eingebracht wurde, abzufragen. Ebenso wird nachgefragt, wie viele Vorhaben auf der Liste aktuell geführt sind.

Willy O. Burau empfiehlt, die Begriffe „Vorhaben“, „Beteiligungen“ und „Projekte“ noch einmal genauer zu definieren, da es sonst zu Missverständnissen führen könnte, insbesondere beim Großteil der Bürger:innen und in der Öffentlichkeit. Aufgrund der Wichtigkeit der Vorhabenliste für die Umsetzung des Instrumentes „Anregung von Beteiligung“ erkundigt sich Helene Anders zum Stand der praktischen Umsetzung der Vorhabenliste auf mein.berlin. In diesem Zusammenhang weist Lukas Born auf den Bericht des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zur Umsetzung der Berliner Vorhabenliste hin (Details im TOP 6).

6. Allgemeine Aussprache

Gegebenenfalls Fragen und Hinweise der Gäste aus der Öffentlichkeit zu Anregung zu Beteiligung

- Keine

Haushalt 2024/2025: Hendrikje Klein

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag von Hendrikje Klein eingefügt. Sie berichtet daraufhin zum Haushaltsentwurf 2024/2025: Durch die Veröffentlichung wurde ersichtlich, dass Mittel für Bürger:innenbeteiligung in Berlin gekürzt werden sollen. Die geplanten Kürzungen betreffen die Umsetzung der LLBB und Beteiligungsprozesse im Allgemeinen. Vor allem sollen die Mittel für die BRBs von 250.000 auf 130.000 € pro Jahr und Bezirk gekürzt werden. Eine gemeinsame Stellungnahme der BRBs zur geplanten Mittelkürzung wurde bereits an das Abgeordnetenhaus - Hauptausschuss adressiert. Wichtig ist, dass die finanzielle Grundlage zur Umsetzung der LLBB nicht verloren geht.

Hendrikje Klein empfiehlt daher, dass auch der Beteiligungsbeirat Stellung beziehen sollte, und informiert, dass die zweite Lesung zum Haushaltsentwurf am 9. Oktober 2023 stattfindet und eine Stellungnahme des Beteiligungsbeirates an die Stellungnahme der Träger:innen der BRBs anknüpfen könne.

Der Vorschlag über die Erarbeitung eines Entwurfs durch den Sprecher:innenrat und zum Versand vor dem 9. Oktober 2023 wird zur Abstimmung gebracht und einstimmig beschlossen.

Die GSt sowie der ZRB überlassen diesen Prozess vollständig dem Sprecher:innenrat.

Ausblick 11. Sitzung (27. November 2023, Stadtwerkstatt)

- Die GSt schlägt vor, nach der Behandlung der Instrumente Beteiligungskonzept, Vorhabenliste und Anregung von Beteiligung, das Instrument **Anlaufstellen beziehungsweise Räume für Beteiligung** (BRBs und ZRB) zu behandeln. Dem Vorschlag wird nichts entgegengesetzt, aber die Idee geäußert, dass sich die BRBs und der Beteiligungsbeirat vernetzen sollten. Lukas Born vom ZRB berichtet daraufhin, dass dies im Rahmen der regelmäßigen Vernetzungstreffen aller BRBs stattfinden könnte. Die Moderation regt an, dass der Wunsch und seine Umsetzung auf der nächsten Beiratssitzung am 27. November 2023 diskutiert werden

sollte.

- Lukas Born bietet an, dass das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) seinen kürzlich fertiggestellten Bericht zu Umsetzung der Berliner Vorhabenliste vorstellen könnte. Dieser Bericht hat Evaluationscharakter und kann diesbezüglich die Sicht des Beirats auf die Vorhabenliste sinnvoll ergänzen. Der Vorschlag wird begrüßt mit der Bitte an ZRB beziehungsweise Geschäftsstelle, dies zu organisieren.
- Weiterhin regt die Moderation an, dass weiterhin über den **Stand des Berichts zur Umsetzung der LLBB** im Rahmen seiner ersten Amtszeit behandelt wird.

Sonstiges

- Lukas Born regt an, dass zur Vertiefung des bereits behandelten Instrumentes Beteiligungskonzept in einer der nächsten Sitzungen das Projekt **„Bürger*innenbeteiligung - ein Beitrag für eine demokratische Stadtentwicklung? Konkrete Erfahrungen aus Berlin“** des **BANA-Gasthörerstudiums** der TU Berlin¹ vorgestellt werden könnte, da es sinnvolle Hinweise zur mengenmäßigen Einschätzung von durchgeführten Beteiligungsprojekten geben kann. Der Vorschlag wird begrüßt, mit der Bitte an ZRB beziehungsweise Geschäftsstelle, dies zu einem passenden Anlass zu organisieren.

¹ Das BANA-GASTHÖRERSTUDIUM steht für eine Form der Wissenschaftlichen Weiterbildung für Menschen ab 45 mit einem Berufsabschluss sowie einer zehnjährigen Berufstätigkeit im Rahmen eines vier-semesterigen Studiums an der Technischen Universität Berlin (<http://www.banastudenten.de/start.html>)

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Verwaltung

1	Herr	Alexander Slotty	Staatssekretärin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	entschuldigt
2		N.N.		
3		N.N.		
4	Frau	Nadja Zivkovic	Bezirksbürgermeisterin Marzahn-Hellersdorf	entschuldigt
	Herr	Jörn Oltmann	Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg	entschuldigt
5	Herr	Jochen Biedermann	Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Neukölln	entschuldigt
		N.N.		
6	Frau	Carolina Böhm	Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit, Steglitz-Zehlendorf	
	Herr	Oliver Igel	Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick	

Organisierte Zivilgesellschaft

1	Frau	Simone Helbig	VITA e.V.	entschuldigt
	Herr	Roland Schirmer	VITA e.V.	
2	Herr	Jörg Fügmann	Glashaus e.V. / Kunst- und Kulturzentrum Brotfabrik	
	Frau	Iris Fügmann	Glashaus e.V. / Kunst- und Kulturzentrum Brotfabrik	
3	Frau	Britta Krehl	Grüner Kiez Pankow	
	Frau	Jana Ebelt	Grüner Kiez Pankow	entschuldigt
4	Frau	Helene Anders	Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein e.V.	teilgenommen
	Herr	Frank Hüpperling	Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein e.V.	
5	Frau	Michael Wahl	ABSV Allgemeiner Blinden- und Sehbehindertenverein	digital teilgenommen
	Herr	Jochen Robra	Pro Refina Deutschland e.V., Regionalgruppe Berlin	
6	Herr	Hakan Yazanel	TGB Berlin e.V.	
	Herr	Yüksel Aslan	TGB Berlin e.V.	teilgenommen

Bürger:innenschaft

1	Frau	Ina Juckel	Mitglied	teilgenommen
	Frau	Zhanna Mylogorodska	Stellvertretendes Mitglied	digital teilgenommen
2	Frau	Sofia Arafat	Mitglied	
	Frau	Navid Kolivand	Stellvertretendes Mitglied	
3	Frau	Sabine Müller	Mitglied	teilgenommen
		N.N.	Stellvertretendes Mitglied	
4	Herr	Florian Meißner	Mitglied	
	Frau	Marion Geisler	Stellvertretendes Mitglied	teilgenommen
5	Herr	Holger Metzger	Mitglied	teilgenommen
	Herr	Dr. Alexey Kozlov	Stellvertretendes Mitglied	
6	Herr	Gerd Werner	Mitglied	
	Herr	Willy O. Burau	Stellvertretendes Mitglied	teilgenommen
7	Herr	Moritz Valentin Kußmaul	Mitglied	entschuldigt
	Herr	Benjamin Behrendt	Stellvertretendes Mitglied	
8	Divers	Tom Weber	Mitglied	entschuldigt
	Divers	Nastaran Tajeri-Foumani	Stellvertretendes Mitglied	digital teilgenommen

Politik (Abgeordnetenhaus)

1	Herr	Mathias Schulz	SPD - Fraktion	
2	Frau	Hendrikje Klein	Die Linke - Fraktion	teilgenommen
	Frau	Katalin Gennburg	Die Linke - Fraktion	
3	Frau	Dr. Susanna Kahlefeld	B'90 Die Grünen - Fraktion	entschuldigt
	Herr	Julian Schwarz	B'90 Die Grünen - Fraktion	
4	Herr	Harald Laatsch	AfD - Fraktion	
	Herr	Thorsten Weiß	AfD - Fraktion	
5	Herr	Johannes Kraft	CDU - Fraktion	entschuldigt
	Herr	Stefan Evers	CDU - Fraktion	

Geschäftsstelle Beteiligungsbeirat

1	Herr	Marco Mehlin	raumscript	entschuldigt
2	Frau	Gaby Morr	BSM - Moderation	teilgenommen
3	Herr	Maik Powalla	BSM	teilgenommen
4	Herr	Janosch Hofheinz	raumscript- Moderation	teilgenommen

Zentraler Raum für Beteiligung

1	Herr	Lukas Born	SenSBW - ZRB	teilgenommen
2	Herr	Nils Jonas	SenSBW - ZRB	entschuldigt
3	Herr	Alessandro Bovolenta	AG.URBAN - ZRB	teilgenommen

Gäste

1	Herr	Raphael Seifen	bipar - Berlin Institut für Partizipation	teilgenommen
2		. / .		